

Aber KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 11/12

Dezember 1954

1 Schilling

Ein Jahr geht zu Ende

Auch das Jahr 1954 hat die vielen Wünsche der Menschen und Völker nicht ganz erfüllt; es hat ihr tiefes Sehnen und Hoffen bitter enttäuscht, und wieder hat sich in diesem Jahre zahlloses und neues menschliches Leid zu den alten Leiden gehäuft. Und doch soll gerade darum auch der Wünsche gedacht werden, die es erfüllt hat, es soll an die Vorsätze erinnert werden, die beherzigt worden sind, und wir wollen des Guten nicht vergessen, das Millionen Menschen und Völker aller Rassen und Klassen in diesem Jahre zu wirken versucht haben.

Gewiß, die Menschen und ihre Welt sind auch im abgelaufenen Jahre nicht mit einem Schlag besser geworden; auch heute herrscht noch kein wirklicher Frieden. Noch immer zittert die Menschheit in der Furcht vor neuen Kriegen und bangt vor der Zerstörungskraft der neuen und immer noch „besseren“ Waffen, die eine mit beängstigendem Tempo sich entwickelnde Technik, die kaum noch zu zügeln zu sein scheint, als Werkzeug des Todes und der Vernichtung laufend zur Verfügung stellt.

Der Kampf zwischen Freiheit und Unfreiheit, zwischen Recht und Unrecht, zwischen Gut und Böse, der sich in diesem Jahrhundert immer mehr zu einem globalen Ringen verdichtet hat, ist auch im abgelaufenen Jahre weder entschieden worden noch der Entscheidung näher gekommen. Statt Lösungen gebracht zu haben, sind die Gegensätze noch eher verhärtet worden. Wie immer aber auch einmal aus diesen Problemen ein Ausweg gefunden wird, eines steht fest: die Geschichte wird zeigen, daß der Mensch selbst den Ausgang dieses Kampfes zwischen den Mächten des Krieges und des Friedens, der Knechtschaft und der Freiheit entschieden hat. Denn diese Mächte ruhen in jedem einzelnen selbst und zwingen ihn, den ihm zukommenden Teil der Verantwortung auch tatsächlich zu übernehmen. Niemand kann sich dieser Verantwortung entziehen und niemand kann abseits stehenbleiben. Und es gibt auch keinen Menschen, der sich durch das Vortäuschen einer nur allzu trügerischen „Ruhe“, über die ihm unangenehme und unbequeme Erkenntnis der wirklichen hinwegzuschwindeln und zu beschwichtigen vermöchte. Man kann nicht vorgeben, mit dieser Welt und mit ihrer Politik nichts zu schaffen zu haben. Hier der Schlüsselpunkt unserer kommenden Arbeit. Die sozialistischen Freiheitskämpfer und die Opfer des Faschismus werden nicht ruhen, immer und überall auf die Kraft der Freiheit hinzuweisen, die nur in einer freien Demokratie am Werk sein kann, auf die Kraft des Glaubens an das Gute und an die Würde des Menschen, auf die Kraft des Kampfes gegen Unrecht, Unmenschlichkeit und Machtgier.

Wir werden dem zu Ende gehenden Jahr einige Sekunden besinnlicher und kritischer Rückschau widmen.

Aber unser Kampf geht weiter!

Der Parteitag

Der sozialistische Parteitag 1954, der vom 11. bis 13. November in Wien abgehalten wurde, hat sich mit zwei positiven Tatsachen auseinandergesetzt: mit der sozialpolitischen Gesetzgebung der jüngsten Zeit und dem Ausgang der im Oktober abgehaltenen Landtags- und Arbeiterkammerwahlen.

Mit der Aufstellung des langfristigen Investitionsprogramms wurde, einem Begehren der Sozialisten entsprechend, das für Österreich Mögliche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und damit zur Existenzsicherung des einzelnen getan. Die Ausdehnung des Mieterschutzes und die Aufstellung neuer Wohnbauprogramme können zur Folge haben, daß in zwei oder drei Jahren für jeden Haushalt eine Wohnung vorhanden ist, womit die drückendste Wohnungsnot beseitigt wäre. Die Einführung der dreizehnten Rente und die Erhöhung aller Sozialrenten geben in Zukunft Arbeitern und Angestellten eine Altersvorsorge, die von der für öffentliche Angestellte nicht zu weit entfernt ist.

Die beschlossenen Gesetze und Maßnahmen machen Österreich schon heute zum sozialen Wohlfahrtsstaat. Gewiß fehlt noch manches zu seiner Einrichtung, aber der Rohbau steht! Vergleicht man das, was erreicht wurde, mit dem, was die Partei seit Jahren als Forderung aufgestellt hat, dann sieht man, daß auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet viele Punkte des Forderungsprogramms verwirklicht sind.

Die Behauptung des Errungenen und seine Vervollkommnung allein können nicht Aufgabe der Arbeiterbewegung bleiben. Es gilt nun, weiter fortzuschreiten. Dieses „Was nun?“ hat den Parteitag beschäftigt.

Die Gesetzgebung des sozialen Wohlfahrtsstaates stellt Schichten und Klassen unter einen gewissen Schutz. Der alte Polizei- und Militärstaat, der Machtstaat, begnügte sich damit, Gefahren von auswärts und Gefahren, die von Verbrechern im Inland drohten, abzuwehren, der Wohlfahrtsstaat gibt Sicherheit gegen soziale Gefahren. Aber für sich allein gibt er dem Menschen, der Arbeiterklasse, an und für sich keinen größeren Anteil an den Gütern, die durch ihrer Hände Arbeit geschaffen werden. Je mehr der Aufbau der Wirtschaft fortschreitet und je mehr sich die Verhältnisse konsolidieren, um so mehr tritt für die Partei und die Gewerkschaften wieder eine Aufgabe in den Vordergrund, die sich eben in normalen Zeiten einstellt: die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen. Über die Wege dazu und die Mittel, die dabei in Anwendung gebracht werden sollen, mußte auf dem Parteitag gesprochen werden; seine Beschlüsse bedeuten den Weg zu einer neuen Etappe der Nachkriegspolitik: zum höheren Einkommen des einzelnen in einer Ordnung des sozialen Wohlfahrtsstaates.

Auch wir in Österreich haben ein Stück des Interesses, ja der Nervosität miterlebt, das mit den sogenannten Halbzeit-Wahlen in Amerika verbunden war; die Wahlen zu vier Landtagen, die am 17. Oktober stattfanden, sind für Österreich von ähnlicher Bedeutung geworden. Seit ihrer Niederlage im Februar des vorigen Jahres sieht die Österreichische Volkspartei jeder Wahl, die als „Barometerwahl“ gewertet werden könnte, mit ängstlicher Spannung entgegen. Die Sozialistische Partei hat gegen 1949 im großen und ganzen fünfzehn Mandate gewonnen, also in allen vier Landtagen zugenommen, die Volkspartei im ganzen bloß zwei Mandate zu ihrem bisherigen Besitz hinzuerhalten. Der unmittelbare Schluß, der sich ziehen läßt, ist der: Unser Erfolg vom Februar 1953 wurde in allen bisherigen Landtagswahlen bestätigt, in Vorarlberg noch übertroffen. Die Stärke der Partei erscheint nunmehr auf dem Niveau des Februar 1953 konsolidiert.

Die Volkspartei ist, im großen und ganzen gesehen, ungefähr dort stehengeblieben, wo sie sich zur Zeit ihrer tiefsten Niederlage befand, sie hat nicht weiter verloren. Die Folge davon ist, daß beide Parteien, die bei den letzten Wahlen fast gleich stark waren, in ihrer Stärke bestätigt zu sein scheinen. An und für sich würde das bedeuten, daß nach dem jetzigen politischen Klima bei Neuwahlen beide Parteien im großen und ganzen Kopf an Kopf bleiben würden, wenn es nicht einer von beiden gelingt, sich überraschenden Zufluß von Anhängern und Stimmen zu verschaffen. Da wird das Schicksal des Verbandes der Unabhängigen interessant.

Ein Blick in die Statistik österreichischer Wahlen seit 1919 zeigt, daß es neben der sozialdemokratischen und der christlichsozialen, der nunmehrigen Volkspartei, eine dritte Gruppe von Wählern gibt, deren Anhang zwischen 10 und 20 Prozent der jeweils abgegebenen Stimmen ausmacht. Wäre es im Jahre 1949 nicht zur Zulassung des VdU gekommen, so wäre diese Wählermasse aller Voraussicht nach der Volkspartei als der einzigen bürgerlichen Partei zugefallen und hätte damit deren Herrschaft als die einer Mehrheitspartei für absehbare Zeit gesichert. Der VdU ist allerdings nicht das geworden, was seine Wähler von ihm erwartet haben: eine sozial und freiheitlich orientierte Partei. Die Sehnsucht seiner Führer, rasch in Ministersessel zu kommen, hat eine solche Politik unmöglich gemacht und sie vor ihrem eigenen Anhang kompromittiert. Diese folgen den Parolen ihrer Parteiführung nicht mehr, wenn sie das Gefühl haben, daß sie sich der Volkspartei verkauft hat. Übrigens: die Wahl Körners zum Bundespräsidenten wäre nie möglich gewesen, wenn nicht ein VdU bestanden hätte.

Bei den Februarwahlen des vorigen Jahres erlitt der VdU einen Rückschlag; daß seine

Leitung dann trotz der Niederlage in ein engeres Verhältnis mit der Volkspartei gelangen wollte, hat ihr in den Augen ihrer Anhänger den Rest gegeben. In den vier Ländern, die heuer gewählt haben, ist der VdU auf die Hälfte seiner früheren Stimmenzahl gekommen. Was bedeutet das? Einige hunderttausende Wähler sind mit ihrer Partei unzufrieden und suchen offenbar eine neue Orientierung.

Wie groß ist der Rückgang des VdU? Man hat nachgerechnet, daß er, wären diesmal Nationalratswahlen durchgeführt worden, von 14 auf 11 Mandate herabgesunken wäre. Der Verlust wäre also nicht so groß, wie es zuerst den Anschein hatte. Das hängt damit zusammen, daß bei den Nationalratswahlen ein Grundmandat etwa in

Oberösterreich dazu führen kann, auch in Niederösterreich oder in Wien Nationalratssitze zu erhalten. Die Wahrscheinlichkeit, daß der VdU ganz verschwindet und wir in Österreich damit zu einem Zweiparteiensystem kommen, scheint nicht groß zu sein; zu untersuchen ist aber, ob es für die Sozialistische Partei möglich ist, aus den Verlusten des VdU zu gewinnen.

Das Ergebnis der eine Woche später abgehaltenen Arbeiterkammerwahlen läßt manche Schlüsse zu. Im VdU gibt es oder gab es eine große Anzahl von Arbeitern und vor allem von Angestellten, die sich ihm sofort nach der Gründung anschlossen. Man darf nicht vergessen, daß von 1934 bis 1945 Jahrgänge für das politische Leben reif wurden, die von der Sozialdemokratie nichts wissen, nichts sehen konnten, und die daher ihre Orientierung dort suchten, wo sie eben zu haben war, bei der vom Totalitarismus allein erlaubten Partei. Der VdU versuchte, durch mehr oder minder versteckte Anknüpfung an nationalsozialistische Traditionen diese Menschen als sein, wie er sich ausdrückte, „Stimmenkapital“ zu gewinnen. Der Denkkettel, den er von einem Großteil seiner Anhänger erhielt, deutet darauf hin, daß in die Masse seiner Anhängerschaft Bewegung gekommen ist.

Beamte, Arbeiter und Angestellte, die bisher im VdU ihre Vertretung sahen, fühlen sich nun unvertreten. Sie werden für jene Partei gewonnen werden, die sich ihrem Auge als die verlässlichste Wahrerin ihrer Interessen darbietet. Ihrer Klassenlage nach gehören Beamte, Arbeiter und Angestellte zum Proletariat und zur Partei des Proletariats. Es kommt nun darauf an, ihnen ihre Klassenlage zum Bewußtsein zu bringen; hier liegt eine Chance für die Partei, aber auch eine Aufgabe.

Die Sozialdemokratische Partei wäre in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg nicht so groß geworden, wenn es ihr nicht geglückt wäre, in die Masse der damals noch gegnerischen Arbeiter einzudringen. In den Jahren von 1900 bis 1907 gelang dies. Vor einer ähnlichen Aufgabe stehen wir heute, und es lag nahe, daß sich der Parteitag damit befaßte.

Dazu kommt, daß eine kritische Betrachtung der Arbeiterkammerwahlergebnisse zeigt: es ist bisher noch nicht gelungen, die Arbeiter und Angestellten vollständig für die Sozialistische Partei zu erfassen.

Die Vorstellung muß wieder Selbstverständlichkeit werden, daß ein Arbeiter, ein Angestellter und ein Beamter natürlich zur Sozialistischen Partei gehört, weil er nur dort auf echtes Verständnis für seine Lage stoßen kann.

Wenn man ferner ins Auge faßt — was schon auf früheren Parteitag besprochen wurde —, daß große Schichten der Selbständigen auf dem Lande, in Gewerbe und Handel, die nicht von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben, gleichfalls zu uns gehören, dann ergeben sich noch überraschend große Ausbreitungsmöglichkeiten.

Die alte Wahrheit, daß der Mensch nicht allein vom Brote lebt, wurde in dem Referat Karl Waldbrunners über die Kulturpolitik der Partei und in der Debatte darüber lebendig. Kein anderer Gegenstand führte so viele Diskussionsredner auf die Tribüne wie dieser — ein Beweis dafür, daß die ganze Partei bereit ist, ihre Kraft auch für den kulturellen Auf-



stieg der breiten Massen einzusetzen. Der Parteitag hält die Ausarbeitung eines Kulturprogramms für ebenso wichtig wie den Ausbau der Sozialversicherung.

Aus der Aufnahme der Berichte, insbesondere auch desjenigen über die parlamentarische Tätigkeit, ging die Genugtuung darüber hervor, daß die Demokratie praktisch lebendiger wird, als sie es in der Ersten Republik war, und daß die Partei nach fast restloser Verwirklichung ihres Programms der sozialen Sicherheit die Voraussetzungen geschaffen hat, in neue

Schichten einzudringen und dem Leben des Arbeiters neue Sphären zu erschließen.

Auf dem zehnten Parteitag nach der Wiedererrichtung der Partei wurde ein Rückblick auf die fast zehnjährige Mitwirkung der Partei in der Regierung des Landes geworfen. Das Urteil, das darüber vom Parteitag bei der Durchführung der Neuwahlen des Parteivorstandes und der Parteivertretung gefällt wurde, ist auffallend: Die fast einstimmige Wiederwahl ist ein eindrucksvoller Vertrauensbeweis. Der Parteitag war ein Parteitag des Vertrauens.

Weltpolitische Schwerpunktverlagerung

Seitdem die Menschen dazu gelangt sind, immer größere Entfernungen in immer größeren Geschwindigkeiten zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu überwinden, ist die Welt für sie größer und kleiner zugleich geworden. Größer, weil die Grenzen des Unentdeckten, Unerforschten auf der Erde immer weiter hinausgeschoben wurden, so daß sie sich auf Null reduzierten, es auf dem Globus keine „Terra incognita“ mehr gibt und der Mensch bereits über die Grenzen der Erde hinaus in den Weltraum vorstößt. — Kleiner, weil durch die Überwindung der Entfernungen diese auf der Erde selbst aufgehoben wurden.

Die dadurch entstandene völlige Revolutionierung unserer Ordnung bis in die entferntesten Bezirke unseres Daseins vollzieht sich ständig weiter und verändert natürlich auch die Art und Weise des menschlichen Zusammenlebens hinsichtlich der Beziehungen und Auseinandersetzungen der Völker untereinander und gegeneinander. Politische Aktionen friedlicher oder gewaltsamer Natur nehmen heute zwangsläufig globale Ausmaße an, und die Auseinandersetzungen gehen heute längst nicht mehr zwischen einzelnen Nationen um „nationale Belange“ oder Suprematien, sondern zwischen ganzen Erdteilen um weltumspannende Ideologien und die Weltherrschaft. Mag es etwa in dem Kampf um die EVG auch den Anschein gehabt haben, es seien da rein europäische Gegensätzlichkeiten, ja sogar einzelnationale, wie etwa zwischen Deutschland und Frankreich, entscheidend gewesen, in Wahrheit sind dies nur Teilabschnitte des Kampfes ganzer Erdteile, die sich immer deutlicher eben auf globale Auseinandersetzungen zwischen Ideologien zuspitzen.

Die anscheinend chaotische und regellose Entwicklung der Weltpolitik bietet sich heute als solche nur jenen dar, die noch in den alten Kategorien politischer Machtverhältnisse denken. In Wahrheit spiegelt sie eindeutig den Prozeß der politischen Schwerpunktverlagerung wider, der unmerklich schon vor dem ersten Weltkrieg begonnen hat, in diesem seinem Verlauf und Ende sich bereits deutlicher abzuzeichnen begann und von da an immer klarer zutage trat, um im zweiten Weltkrieg und der Epoche nachher als unabweisliche und das künftige Schicksal der Welt bestimmende Realität das weltpolitische Geschehen zu bestimmen. Die weltpolitischen Impulse gehen längst nicht mehr von Europa aus, und Entscheidungen fallen außerhalb der Alten Welt.

Wer aber aufmerksam die Entwicklung unserer Epoche verfolgt, muß zum Schluß kommen, daß die rasante Entwicklung der weltpolitischen Schwerpunktverlagerung in den letzten Jahren schon wieder weitere und größere Ausmaße angenommen hat und neue, gewaltige Kräfte neben den Ablösern Europas, nämlich Amerika und der Sowjetunion, auftauchen. Die Ablösung Europas als bestimmender politischer Machtfaktor wurde gleichzeitig der Anfang vom Ende seiner Kolonialherrschaft, deren Zusammenbruch und Auflösung heute bereits vollzogene Tatsache ist. Asien und Afrika haben ihr Schicksal bereits selbst in die Hand genommen oder sind dabei, es zu tun. Dort, wo

die Kolonialmächte sie noch mit dem letzten Kraftaufwand daran hindern wollen, führt dies zu blutigen Kriegen, die zum völligen Verlust auch noch des letzten Anscheines von Prestige der Kolonialherren führen und natürlich auch früher oder später zum Verlust des Koloniallandes selbst. Selbst der Kommunismus und vor allem die Sowjetunion nützt alle in Afrika und Asien gegebenen Situationen voll aus, um unter allerlei Deckmänteln, vor allem jenem der Unterstützung nationaler Unabhängigkeitsbestrebungen und der Hilfe zur Befreiung vom Joch des Kolonialimperialismus, Asien und Afrika gegen den Westen zu mobilisieren und diese Völker den eigenen Interessen in diesem Kalten Krieg vorzuspannen, indem man sie ins Feuer des heißen Krieges hetzt. Natürlich ist die Unabhängigkeit dieser Völker keineswegs ihr letztes Ziel. Sie sollen im Gegenteil zu ähnlichen Satellitengebilden gemacht werden, wie wir sie in den europäischen Volksdemokratien bereits kennen, um die westliche Welt Schritt für Schritt einzukreisen und sich so eine Stufe nach der anderen zur Weltherrschaft zu bauen.

Bedauerlicherweise leistet diesem steten Bestreben die heutige amerikanische Fernostpolitik nicht unwesentliche Schützenhilfe, da sie anscheinend mit untrüglicher Sicherheit auf die falschen Pferde setzt, statt all jene Mittel, die sie zur Unterstützung fernöstlicher Politiker, Monarchen und Diktatoren vergeudet, mit denen die eigenen, auch nichtkommunistischen Völker nichts zu tun haben wollen; zur Hilfe und Errichtung oder Stützung echter demokratischer Selbstverwaltung aufzuwenden. Tschiangkaischek, Syngman Rhee, Bao Dei und wie sie alle heißen, sind als Gegenspieler des Kommunismus dessen beste Wegbereiter, weil ihr korruptes Regime sich nur dadurch von einem Kolonialimperialismus ärgster Sorte unterscheidet, daß es ihren Völkern auch die zivilisatorischen Errungenschaften vorenthält, die jede Kolonialherrschaft nolens volens, aber immerhin den von ihr beherrschten Völkern gebracht hat.

Es hat immer mehr den Anschein, als ob die Entscheidungen, die in Asien und Afrika fallen, jene über die Zukunft der freien Welt sein werden, Entscheidungen darüber, ob der kommunistische Totalitarismus von immer größeren Teilen der Erde direkt oder indirekt Besitz ergreifen wird oder aber die freie Welt des demokratischen Westens imstande ist, dort jene echten freiheitlichen Gegenkräfte zu entwickeln, aufzubauen und zu stützen, die der kommunistischen Aggression dadurch Einhalt gebieten können, daß sie den in Not, Armut und Unfreiheit lebenden Völkern Freiheit, Frieden und Wohlstand bringen können. Dazu wird es aber wohl einer Revision der Fernostpolitik bedürfen, die, um nicht zu spät zu kommen, gar nicht genug früh kommen kann; einer Revision, die auch die Chinapolitik der Vereinigten Staaten einschließen muß, weil jede Asienpolitik ohne das größte und heute stärkste Land Asiens, dessen Kräfte zum erstenmal unter eine wirkliche Zentralgewalt vereinigt wurden, unkonstruktiv, fiktiv, sinnlos bleiben muß. Krieg ist, war und wird

(Fortsetzung auf Seite 11)

Die Diktaturen als Friedenshindernis

In den Abrüstungsdebatten der Zwischenkriegsjahre hat der große französische Sozialistenführer Léon Blum leidenschaftlich für eine kühne Haltung, für einen beispielgebenden Friedensschritt Frankreichs gekämpft. Er versuchte, den Nachweis zu erbringen, daß es ohne Abrüstung keinen Frieden geben könne, und er glaubte, daß Frankreich und die Demokratien noch im Jahre 1931 die Abrüstung und damit den Frieden erzwingen könnten. Aber er war keineswegs blind für die Gefahren, für die Friedensbedrohung durch die Diktaturen.

Jeder Versuch zu freiwilliger Überwachung der internationalen Verpflichtung, jeder Widerstand gegen ihre eventuelle Übertretung würde... in einigen europäischen Staaten... in einem Blutbad erstickt werden. In dieser Lage befindet sich das faschistische Italien wie das bolschewistische Rußland, das Ungarn Bethlens wie das Polen Pilsudkis und noch eine Reihe anderer Diktaturstaaten. Die Diktaturen widersetzen sich also jeder Kontrolle und jeder Sanktion, wie ich es bezeichnen möchte, durch die Arbeiterschaft. Man kann sogar mit gewissem Recht behaupten, daß sie auch die offizielle Überwachung unmöglich oder illusorisch machen werden: die Kontrolle innerhalb des Landes durch die Volksvertretung und die Kontrolle außerhalb des Landes durch den Völkerbund. In Rußland gibt es kein Parlament, und auch Italien, Ungarn oder Polen besitzen keine wirkliche Volksvertretung; die gleiche Tyrannei lastet auf Wählern wie auf Gewählten. Wer verbürgt uns in diesen geknebelten Ländern die Richtigkeit des Budgets, die Ehrlichkeit der Berichte und der Rechnungslegung?*)

Was Blum damals erkannt hat, gilt heute noch viel mehr: Im Schatten der Polizei- und Militärherrschaft hätten die anderen alle Möglichkeiten der Lüge bewahrt. Damit wäre eine neue Ungleichheit geschaffen und diesmal zugunsten der Diktaturstaaten; die demokratischen

*) Léon Blum: „Ohne Abrüstung kein Friede.“ Dietz-Verlag, Berlin 1931.

Gesinnungsterror in nomine Christi

Während die freien Völker dieser Erde unter Opfern aller Art und Aufwand aller Kräfte um die Freiheit und den Frieden dieser Welt gegen die Bedrohung durch den östlichen Totalitarismus kämpfen, hat sich in Europa an einer Stelle ein anderer Totalitarismus geoffenbart, dessen Manifestation im 20. Jahrhundert wie ein Rückfall in jenes finsterste Mittelalter anmuten muß, darin die katholische Kirche mit dem Feuer der Inquisitionsscheiterhaufen und dem Schwerte der Glaubenskriege im Zeichen christlicher Nächstenliebe die Andersgläubigen ausrottete. Im gleichen Lande, in dem zu dieser Zeit im Namen des allerchristlichsten Königs von Spanien und der allerheiligsten Inquisition das Verlangen des niederländischen Volkes nach Glaubens- und Gesinnungsfreiheit so lange in Strömen von Blut zu ersäufen versucht wurde, bis dieses Volk sich in einem heroischen Freiheitskampf von der Tyrannei der Kirche und des Thrones befreit hatte und zu einem Hort europäischer Geistesfreiheit wurde, erhebt sich heute, im Jahre 1954, neuerlich und wieder in nomine Christi die Hand der katholischen Kirche, um den Bannstrahl der Verdammung gegen die Freiheit der Meinung und politischen Gesinnung zu schleudern, als wären wir noch im 16. Jahrhundert.

Der Erzbischof von Utrecht, Kardinal de Jong, und die Bischöfe der Diözesen Breda, Roermond und Haarlem haben einen Hirtenbrief erlassen, der den Katho-

Staaten stünden in Gefahr, die Betrogenen oder die Opfer zu sein.

Aber Léon Blum blieb dennoch optimistisch, er erwartete von den Diktaturen eine Entscheidung. Sie würden, wie er meinte, ja oder nein sagen müssen.

Lehnen sie ab, so entlarven sie selbst ihre Doppelzüngigkeit; stimmen sie zu, so sind sie in ihrer eigenen Falle gefangen.

Die Entwicklung ging anders vor sich. Die Demokratien folgten nicht dem Rate Blums, die Diktaturstaaten kamen nicht in die Lage, ja oder nein zu sagen. Europa erlebte den Sieg des Faschismus, die europäische Demokratie wurde von der Hitlerschen Tyrannei unterworfen. Die Bedrohung der menschlichen Freiheit durch die faschistische Gewalt wurde nur überwunden, damit die Freiheit um so mehr von der bolschewistischen Gewalt bedroht wird. Das Wachstum des Sowjetimperialismus bedroht heute die Freiheit und den Frieden der ganzen Welt.

Im Jahre 1931 hatte Blum richtig erkannt:

Die Diktatur ist an sich ein Friedenshindernis. Sie ist ein Hindernis, weil sie alle internationalen Verträge illusorisch macht... weil sie den Nationalstolz übersteigern und die Empörung im Inneren durch Eroberungen und Siege ablenken muß.

Aber wie eigenartig mutet es einem heute an, wenn man liest:

Die freien Staaten müssen die Diktaturen bekämpfen und sie auf friedliche Weise beseitigen, sie müssen Schluß machen mit dem bequemen Sophismus, daß man allen Regierungen, die ihre Nation offiziell vertreten, gleichgültig welcher Art sie seien, gleiche Achtung bezeigen muß, daß die inneren Verhältnisse eines Landes uns nichts angehen. Dieser Sophismus kann vor der Macht der Tatsachen nicht bestehen. Die Diktatur ist keine bloß innere Angelegenheit eines Volkes, sie ist vor allem eine internationale Angelegenheit, denn sie

liken ihres Landes bei Strafe der Exkommunikation die Mitgliedschaft bei sozialdemokratischen Gewerkschaften verbietet und die Mitgliedschaft bei der „Partei der Arbeit“ (die Partei der holländischen Sozialisten) als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur katholischen Glaubensgemeinschaft bezeichnet. Während die demokratischen sozialistischen Parteien in der ganzen Welt in absoluter Wahrung der Glaubens-, Gesinnungs- und Meinungsfreiheit des Menschen die religiösen Überzeugungen der Völker im allgemeinen und ihrer Mitglieder im besonderen, nicht nur nicht antasten, sondern diese Unantastbarkeit im weiteren und engeren Sinne sogar garantieren und sie als eines der Verfassungsgrundrechte des Bürgers unserer Zeit ansehen, erkämpfen und verteidigen, wo immer es in Gefahr kam und kommt, hat sich die katholische Kirche in Holland wieder auf ihre alte Tradition der Intoleranz besonnen. Sie will durch mittelalterliche Machtmittel einer Entwicklung entgegenwirken, die über sie hinwegzugehen droht, weil sie nicht imstande oder nicht gewillt (oder beides) war, mit dem gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Fortschrittsprozeß Schritt zu halten, oder gar positiv daran mitzuwirken, der die breiten Massen der Völker aus ihrer geistigen, politischen und ökonomischen Abhängigkeit und Machtlosigkeit heraus- und zur Mit- oder Alleinbestimmung über ihr irdisches Schicksal hingeführt hat.

Die unmittelbaren Ursachen dieses beispiellosen

stellt an sich eine Kriegsgefahr dar und durchkreuzt alle Versuche zur Stabilisierung des Friedens... Alle Diktaturen sind Feinde der freien Staaten. Wir denken nicht daran, Krieg gegen sie zu führen, aber im Interesse des Weltfriedens verweigern wir ihnen systematisch jede Art von Sympathie, von Unterstützung und von Beistand. Im Namen des Friedens schließen wir sie aus der internationalen Gemeinschaft aus.

Sollten diese Gedanken und diese Worte nicht heute genau so Gültigkeit haben? Die Demokratien können heute ebensowenig oder noch weniger als damals daran denken, die Diktaturen im Kriege zu überwinden. In der geteilten Welt von heute kann keine der beiden Hälften die andere besiegen und die Welt in ihrem Sinne gestalten. In einem Kriege könnte die freie Welt zwar militärisch siegen, aber sie müßte an ihrem Sieg verbluten und zugrunde gehen. Darum kann es nur ein Nebeneinander der beiden Teile der Welt geben, die Koexistenz. Die freie Welt braucht den Frieden, und sie braucht Zeit, um ihre moralische, wirtschaftliche und soziale Überlegenheit der ganzen Menschheit beweisen und auf der ganzen Welt zur Geltung bringen zu können. Aber sie darf niemals den Diktaturen moralische Anerkennung gewähren.

Im Ringen um Koexistenz und Frieden sind wir Sozialisten für eine allgemeine, gleichzeitige und strengstens kontrollierte Abrüstung. Die vollständige Abrüstung hat dem Frieden zu dienen, daher darf sie die Freiheit der Menschen nicht gefährden. „Die Sache der Freiheit ist solidarisch mit der Sache des Friedens“, sagte Léon Blum, „die Freunde der Freiheit sind zugleich die Freunde des Friedens und die Feinde der Freiheit im geheimen auch die Feinde des Friedens.“ Es kann daher keine einseitige Abrüstung der Demokratien geben. Der demokratische Sozialismus kämpft leidenschaftlich gegen jede Kapitulation der freien Völker vor den Diktatoren, gegen den Selbstmord der Demokratie.

Eingriffes der Kirche in die Politik werden klar, wenn man weiß, daß sich in Holland seit dem ersten Weltkrieg die Größenentwicklung der beiden Gegenparteien, katholische Volkspartei und sozialistische Partei, in diametral entgegengesetzter Richtung vollzogen hat, indem die Mandatszahl der ersteren langsam, aber sicher ständig abnahm und jene der letzteren ständig wuchs, so daß heute sich beide Gegner gleich stark gegenüberstehen. Während früher einmal die Katholische Volkspartei die absolut herrschende Position innehatte, deutet heute alles darauf hin, daß die andauernde Verschiebung des seinerzeitigen Verhältnisses bald dessen Umkehrung zur Folge haben wird. Schon die jetzige Mandatsgleichheit aber war das Alarmzeichen für die Kirche, nunmehr direkt aus ihren geistlichen Machtbereichen in die weltlichen einzugreifen, und dazu noch in einer Situation, in der sie gegen den Regierungskoalitionspartner ihrer eigenen Partei Stellung nimmt, dem drohenden Verlust selbst der heutigen Parität zugunsten der Sozialisten trotz ständigem Anwachsen des katholischen Bevölkerungsanteiles entgegenzuwirken. Es gibt innerhalb der hohen Klerisei nicht wenige Stimmen, die meinen, dieser außergewöhnliche Vorgang der Kirche in Holland wäre keineswegs der Husarenritt eines einzelnen besonders militanten Kardinals, sondern nur das erste Anzeichen für eine sich vorbereitende politische Generaloffensive der katholischen Kirche, die sukzessive überall die bisher zumindest nach außenhin gewährte Distanzie-

Die Rüstungsgleichheit hält den Kalten Krieg kalt. Nur die Abrüstungsgleichheit unter internationaler Kontrolle wird den Übergang vom Kalten Krieg zu einem wirklichen Frieden möglich machen.

Restauration

Den Gewerkschaften ist es eine ständige Pflicht, die Bestrebungen zur Restauration in Deutschland mit Argusaugen zu überwachen und Mißstände unnachgiebig aufzudecken. Zu diesen Restaurationsbestrebungen gehört auch die Neigung der Gerichte, die Verbrechen im Dritten Reich heute mit milderem Maß zu messen, als sie es noch vor einem Jahr taten*).

Nun flattert ein Urteil auf unseren Tisch, das sogar vom höchsten Gericht der Bundesrepublik gefällt wurde. Es spricht zwei höhere Gestapobeamte von Verbrechen gegen Juden frei, weil sie mittlerweile „verjährt“ seien.

Man stelle sich das vor: ausgerechnet in Weimar, der Zentrale deutscher KZ, wurden Juden mißhandelt und tausende zur Deportation in die Vernichtungslager abgestellt. Die Schuldigen jedoch gehen heute ungeschoren aus dem Gerichtssaal. „Denn sie“, so sagt das Gericht, „hätten selbst in der Nachbarschaft von Buchenwald nicht das Bewußtsein haben können, Unrecht zu tun.“

Das bemerkenswerteste aber ist vielleicht das Schlußwort des Verteidigers dieser Leute. Es war Professor Grimm, der sagte:

„Man kann nicht von Rechtsgleichheit sprechen, wenn heute noch Gestapobeamte vor Gericht gestellt werden, während andere bereits wieder hohe Ehrenämter bekleiden.“

Schloß sich das Gericht mit seinem Spruch etwa den Ausführungen der Verteidigung an? Das wäre neu in der deutschen Rechtsprechung und ginge sogar über eine Restauration hinaus.

*) Vgl. Zeitschrift des DGB „Welt der Arbeit“, Jg. V, Nr. 44.

rung von der Partei- und Tagespolitik aufgeben und zum direkten Ein- und Angreifen übergehen will. Damit soll ihren durch das Festhalten an konservativen und reaktionären politischen und wirtschaftlichen Tendenzen immer stärker in Bedrängnis geratenden politischen Parteisatelliten Hilfe geboten und diese immer stumpfer, rostiger und unwirksamer werdenden weltlichen Kampfinstrumente der Ecclesia militans wieder auf Schärfe und Glanz gebracht werden, um die immer mehr und weiter und in immer größerer Zahl verlorengehenden politischen Machtpositionen in den einzelnen Ländern wieder zurückzugewinnen oder zumindest den Rückgang zu stoppen.

Das alte Jesuitenwort, der Zweck heilige die Mittel, tritt wieder in sein Recht, und man scheut sich nicht, das Mittel des Gesinnungsterrors und Gewissenszwanges gegen die eigenen Gläubigen einzusetzen, die sich bei allem Glauben an das Leben im Jenseits mit allem, was das Leben im Diesseits anlangt, von ihrer Kirche im Stich gelassen und bei den Sozialisten damit in besserer Hut fühlen, notabene diese niemand wegen seines religiösen Glaubens in das Dilemma des Gewissenszwanges bringen, wie dies die Kirche wegen des politischen tut. Deshalb kann aber diese neue alte Methode der Kirche auch zu einem Bumerang werden beziehungsweise der Pfeil auf den Schützen zurückfallen, eine Befürchtung, die von ein- und weitsichtigeren hohen Klerikern geäußert wird, welche mit Besorgnis diese neuen scharfmacherischen Tendenzen

Vom Neofaschismus

Die Methode der Unterwanderung

Die Zeitung der deutschen Industriegewerkschaft „Metall“ brachte eine vielbeachtete Karikatur: Hitler, Göring und Goebbels, alle drei in der Hölle, schütteln sich vor Lachen. Die Ursache des höllischen Gelächters ist eine Nachricht von oben, die Hitler vorliest: „Gründer der Gestapo, Diels, bezieht Ruhegehalt.“ Rudolf Diels, den Göring 1933 mit dem Aufbau der Geheimen Staatspolizei betraute, erhält tatsächlich eine hohe Pension.

Da erschien kürzlich in der Göttinger Verlagsanstalt eine von diesem Diels verfaßte und namentlich gezeichnete Broschüre: „Der Fall John — Hintergründe und Lehren.“ Der pensionierte Gestapochef berichtet, daß



Höllengelächter

er Dr. John, den in die Ostzone geflüchteten Leiter des Verfassungsschutzes, persönlich gekannt habe und daher einiges zur Aufklärung dieser dunklen Affäre beitragen könne. Aber man muß das im Original lesen:

Ein Jahr später lernte ich John in einem Wiesbadener Kreis gemeinsamer Schulkameraden persönlich kennen. Bei dem heiteren Wiedersehen alter Gymnasiasten, die es nach Internierung und Denazifikation wieder zu etwas gebracht hatten, berichtete man sich scherzhaft aus der Zeit, „in der wir alle Nazi waren“, von munteren Strapazen als SA- oder SS-Führer bei Fackelzügen und Aufmärschen, über Front- und Internierungserlebnisse. Es fiel das Wort: „Mir kommt in diesen Zeiten jeder Mann wie ein Deserteur vor, der nicht auf irgendeiner Seite hinter Stacheldraht gesessen hat.“ Man ließ John den Deserteur merken. Er war betreten; die Freude am Wiedersehen war ihm verleidet.

innerhalb ihrer eigenen Reihen verfolgen. So äußerte sich ein hoher kirchlicher Würdenträger aus der nächsten Umgebung des militanten Kardinals, er hielte jeden Versuch, mit mittelalterlichen Mitteln die modernen politischen und sozialen Probleme aus der Welt schaffen zu wollen, statt positiv an den Versuchen ihrer Lösung teilzunehmen, für einen höchst gefährlichen Anachronismus.

Welche Richtung nun immer sich schließlich innerhalb der Kirche durchsetzen wird, diese plötzliche Attacke wird auch den Katholiken auf bedenkliche Weise vor Augen führen, daß der Totalitätsanspruch und die Intoleranz der Kirche keineswegs erstorben sind oder aufgegeben wurden und daß diese keine Bedenken kennt, schärfsten Gesinnungsterror in nomine Christi auszuüben. Es mag aber auch die andere Seite nachdenklich machen, daß dies gerade dort geschah, wo man der Kirche mit größter Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit entgegengekommen ist, wie eben in Holland die Sozialisten den Klerikalen in der Frage der konfessionellen Schule etwa. Sollte diese Erfahrung auch anderwärts zu gewissen Folgen und zu Revisionen bisheriger Einstellungen führen, so würde sich das die Kirche selbst zuzuschreiben haben. Ebenso, wenn durch solche Art Politik sich Rom als „das schwarze Moskau“ bezeichnet sieht.

Seine Meinung über mich hatte sich offenbar geändert. Aus einem Objekt seiner Verfolgung ließ er mich zu seinem Gönner avancieren. Er wollte seine Anwaltspraxis in London aufgeben und versuchen, in Deutschland als Rechtsanwalt zugelassen zu werden. Ich könnte ihm vielleicht dabei behilflich sein, meinte er. Nach der sattem gemachten Erfahrung, daß man in unseren barbarischen und hurtig wechselnden Zeiten vorsichtig sein soll in der Auswahl seiner Feinde, wandte ich mich dann auch an den Vorsitzenden eines großstädtischen Anwaltsvereins, um ihm John für die Zulassung als erfahrenen Auslandsanwalt zu empfehlen. Es interessierte mich, daß John damals nicht an seine Nürnberger Tätigkeit erinnert werden wollte. Er verleugnete selbst auf mein Befragen seine Rolle als Zuträger im Hamburger Manstein-Prozeß, der zu dieser Zeit über die Bühne lief.

Nach Überwindung großer Schwierigkeiten gelang es John schließlich, im öffentlichen Dienst unterzukommen. Auch darüber gibt Gestapo-Diels einen lesenswerten Bericht:

Aber John wurde der Eintritt in das Auswärtige Amt verweigert, wie er mir alsbald mitteilte. Man könne keine Verräter gebrauchen. Die Sache amüsierte mich. Nun ja, er hatte ja auch Weißäcker verraten. John konnte eine Mischung aus Verblüffung und Niedergeschlagenheit nicht verbergen, weil er doch hier gerade Gesinnungsgenossen anzutreffen gehofft hatte. Ich dachte damals an Siegmund Freud und die Komplexe aufladende Wirkung aller Heimlichkeiten, an Fehlleistungen, die aus den ramponierten seelischen Unterwelten unserer deutschen Giseviusse aufsteigen müssen. Und ich dachte: Armer Mann, du siehst nicht danach aus, als ob dir deine Rolle gutbekommen könnte; dazu gehört ein härteres Holz.

Es ist völlig gleichgültig, ob Diels' Bericht, soweit er sich auf die Person des Dr. John bezieht, richtig oder frei erfunden ist. Uns kommt es nur auf eines an: auf die treffende, realistische Schilderung des westdeutschen Klimas, die der offenerherzige Gestapoliterat Diels liefert. Das sind die klimatischen Bedingungen, die der Neofaschismus braucht, um sich üppig entfalten zu können.

Neofaschistisches Sektierertum

Aber gibt es denn in Westdeutschland eine faschistische Gefahr? Und wenn das der Fall sein sollte: Wo sind die Anhänger, Parteien und Organisationen des Neofaschismus? Bedarf es nicht eines Vergrößerungsglases, um jene Gruppen entdecken zu können, die wirklich neofaschistisch sind? Es gilt, zwischen zwei Erscheinungsformen des Neofaschismus zu unterscheiden: einer gespenstisch-sektenhaften und einer realen, in den gesellschaftlichen Verhältnissen verwurzelten, die nicht unterschätzt werden sollte.

Der orthodoxe, an den alten Dogmen klebende Neofaschismus, den man sprachlich richtiger als Zurückzu-Hitler-Bewegung charakterisieren sollte, ist selbst im reaktionären Klima der Bundesrepublik nicht über das Stadium eines streitbaren Sektierertums hinausgekommen. Die verschiedenen Gruppen und Grüppchen der Rechtgläubigen — ein Witzbold hat sie einmal die Trotzkiten des völkischen Lagers genannt — scheinen sich bloß durch Spaltung zu vermehren. Trotz des bösen Willens, der ihnen nicht abgesprochen werden kann, bilden sie heute keine große, zu ernststen Besorgnissen Anlaß gebende Gefahr. Die soziologische Analyse dieser Gruppen ergibt fast immer das gleiche Bild: Die Anhängerschaft besteht aus deklassierten Kleinbürgern und lumpenproletarischen Elementen. Der Faschismus war für diese Menschen das große Erlebnis, von dem sie nicht loskommen. Dabei waren die meisten auch damals keineswegs in leitender Position, sondern kleine Leute, die der mystische Glaube an den „Führer“ die eigene Unzulänglichkeit vergessen ließ. Die häufig wechselnden Chefs der neofaschistischen Gruppen stellen ein kostbares Material für psychiatrische und neurologische Forschungsstätten dar: es handelt sich durchwegs um Menschen, die in ihrem Beruf, häufig auch in ihrem Privatleben, gescheitert sind und trotz vorgerücktem Alter in der Pubertät steckenblieben. Jede dieser Gruppen verfügt über einige Unternehmer, die als Geldgeber fungieren, aber keiner gelingt es — das ist für die Soziologie des sektiererischen Neofaschismus von größter Bedeutung —, die Unterstützung maßgeblicher Kreise der kapitalistischen Klasse zu erreichen.

Ein historischer Vergleich drängt sich auf: so sah das nationale, das völkische Lager in der Weimarer Republik aus, bevor Hitler aus diesem Abfall die nationalsozialistische Bewegung formte. In Westdeutschland gibt es bis heute keinen zweiten Hitler. Aber es gibt wieder jene gesellschaftlichen Kräfte, die damals Hitler förderten, finanzierten und schließlich zur Macht brachten. Hier ist die reale faschistische Gefahr zu finden.

Die wirkliche Gefahr

Ein Münchner Metallarbeiter, mit dem der Schreiber dieser Zeilen während des großen bayrischen Streiks sprach, gab eine treffende, durch keine theoretische Analyse zu ersetzende Darstellung der Entwicklung seit 1945:

Wir alle wissen, daß Hitler tot ist. Aber ich kann mir nicht helfen: seit unser alter Direktor, ein Obernazi, der sich lange versteckt hielt, wieder hinter seinem Schreibtisch thront, habe ich manchmal das Gefühl: wir haben 1945 nur geträumt. Es hat sich nichts geändert.

Was dieser einfache Arbeiter fühlt, versuchte der letzte Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Resolution, die sich mit der faschistischen Gefahr beschäftigte, zum Ausdruck zu bringen. Es heißt da wörtlich:

Der 3. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes stellt eindeutig fest, daß immer wieder unbelehrbare Nationalsozialisten und militärische Vereinigungen den Versuch unternehmen, unter Mißbrauch der demokratischen Staatsform ihre verderblichen Absichten, die zum totalen Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1945 führten, durch Kundgebungen, Tagungen und Versammlungen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Der Kongreß stellt fest, daß neun Jahre nach dem furchtbaren Zusammenbruch der Politik dieser Gruppen) ihre Vertreter wieder leitende Positionen in Wirtschaft und Verwaltung innehaben und daß die Bankrotteure von gestern das Geschehen von heute bereits wieder wesentlich beeinflussen. Die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind nicht gewillt, die Ergebnisse ihrer entbehrungsreichen Arbeit seit 1945 wieder dem Ehrgeiz und der Selbstsucht irgendwelcher Anhänger totalitärer Systeme zu opfern. Sie haben nicht vergessen, was der Verlust der Freiheit und der Demokratie für ein Volk bedeuten. Sie stellen mit großer Sorge fest, daß die verfassungsmäßig berufenen Organe des Staates die in diesen Fragen notwendige eindeutige Aktivität leider vermissen lassen.*

Der Bundeskongreß verlangt daher erneut von der Bundesregierung und den Regierungen der Länder und ihrer Organe im Interesse der Sicherung der Demokratie, daß diese neofaschistischen und reaktionären Umtriebe unterbunden werden.

Darüber hinaus appelliert der Bundeskongreß an die Arbeitnehmerschaft in Stadt und Land, an die demokratische Öffentlichkeit, stets äußerste Wachsamkeit zu bekunden und allen Versuchen politisierender Generale und neofaschistischer und militaristischer Kreise entgegenzutreten, die unter dem Deckmantel der Traditions- und Kameradschaftspflege die Demokratie zu zerstören suchen.

Der gleiche Kongreß, der diese Resolution beschloß, lehnte es einmütig ab, eine sogenannte Gewerkschaftsdelegation aus der Ostzone zu empfangen. Niemand wird daher behaupten können, die bitterernsten, die Größe der faschistischen Gefahr aufzeigenden Worte seien das Werk russischer Agenten oder prokommunistischer Agitatoren. Aus jeder Zeile spricht die ehrliche Sorge der deutschen Arbeiterbewegung, die schon einmal die Tragödie einer Demokratie erlebte, die an der Unterschätzung ihrer Gegner zugrunde ging. Und vergessen wir eines nicht: Die deutschen Gewerkschafter sind verantwortungsbewußte, in einer Atmosphäre der Sachlichkeit wirkende Menschen. Sie wür-

den den Teufel des Faschismus nicht an die Wand malen — wenn er nicht schon wieder in den Chefzimmern und Direktionskanzleien, auf den Kommandobrücken der Wirtschaft und Verwaltung sein Unwesen triebe.

Wie stark die totalitär-faschistischen Tendenzen im westdeutschen Unternehmertum sind, bewies die Reaktion der führenden Arbeitgeberverbände auf die Streikbewegung. Sie begnügten sich keineswegs mit der Verteidigung ihrer Profite, sondern setzten ihre gewaltige wirtschaftliche Macht ein, um die Gewerkschaften zu schwächen, zu zerstören und in letzter Konsequenz deren Zerschlagung vorzubereiten. Die den Unternehmen hörige Presse, insbesondere die „unabhängigen“ Zeitungen, vertraten in jedem gegen die Streikenden gerichteten Artikel, in jeder Glosse und Karikatur faschistisches Gedankengut. Hier ging es nicht um die Ablehnung einer konkreten Lohnforderung, sondern um den schonungslosen Kampf gegen die Idee, gegen die Organisation des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. „Wir sind bereit, euch höhere Löhne zu zahlen als sie die Gewerkschaft fordert“, sagte der Generaldirektor eines Nürnberger Betriebes, ein ehemaliger SS-Führer, zu den Arbeitern, „wenn ihr geschlossen aus der Gewerkschaft austretet und verspricht, euch künftighin so zu verhalten, wie sich die Gefolgschaft unseres Betriebes auch in schwerer Zeit verhalten hat. Wer sich nicht als Gefolgschaftsangehöriger fühlt, hat in diesem Werk, das deutscher Fleiß geschaffen hat, nichts zu suchen.“ Das ist die Stimme des Faschismus. Dieser Generaldirektor und frühere SS-Führer gehört keiner neofaschistischen Gruppe an. Er ist Mitglied einer angesehenen bürgerlichen Partei, die jeden Verdacht faschistischer Tendenzen empört zurückzuweisen pflegt. Niemand wird ihm nachsagen können, er habe sich an einer faschistischen Verschwörung beteiligt oder tue sonst etwas Illegales. Aber dieses legale Wirken einer immer größeren Anzahl von Nazimanagern ist tausendmal gefährlicher als der konspirative Unfug einiger neofaschistischer Sektierer.

Die Unterwanderung, so lautet der Fachausdruck für das Eindringen von Faschisten in die bestehenden Parteien, hat epidemischen Charakter angenommen. Dieser Prozeß, der in einem relativ kurzen Zeitraum das soziale und politische Kräfteverhältnis veränderte, geht etwa so vor sich: ein gewesener Nazifunktionär, der nichts von seiner faschistischen Mentalität abgestreift hat, schließt sich einer demokratischen Partei an. Er bringt Mitglieder und Wähler mit, die aus dem gleichen Milieu kommen und untereinander durch das feste Band der Schicksalsgemeinschaft verbunden sind. Innerhalb der Partei bilden die „Unterwanderer“ in der Regel keine festgefügte Fraktion, sondern bloß einen rechten Flügel, der an die schon vorhandenen reaktionären, gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen anknüpft. Vor allem beschäftigen sie sich mit Fragen der Personalpolitik. Ihre Tätigkeit nimmt niemals konspirative Formen an, sondern entspricht den in der bürgerlichen Gesellschaft üblichen Methoden der Protektionswirtschaft. Da ruft etwa ein Nazidirektor den anderen an: „Ich empfehle dir den Ingenieur X. Hervorragende Fachkraft. Hat dasselbe durchgemacht wie wir beide.“ Die letzten Worte bedeuten, aus dem Jargon der „Unterwanderer“ ins Deutsche übersetzt: Ingenieur X hat sich nicht geändert. Er ist ebenso wie wir Nazi geblieben.

Neben dem subjektiven Faktor, repräsentiert durch die „Unterwanderer“, darf freilich der objektive, in der sozialökonomischen Entwicklung begründete, nicht vergessen werden. Der kolossale Aufstieg des deutschen Kapitalismus, der wieder die anderen europäischen Kapitalismen überragt, mußte zwangsläufig die autoritären, halb- und ganzfaschistischen Tendenzen stärken. Eine einfache Überlegung genügt, um den soziologischen Zusammenhang zu erkennen: von den in der deutschen Gesellschaft existierenden Klassen ist die besitzbürgerliche mehr als alle anderen faschistisch versucht. Und diese Klasse verfügt heute über die wirtschaftliche Macht, über die entscheidenden Produktionsmittel des Landes. Nur eine grundlegende Änderung der Eigentumsverhältnisse könnte die Gefahr eines neuen Faschismus bannen.

*) Gemeint sind die Faschisten aller Schattierungen.

DOLCHSTOSSLEGENDE

1954

Tatsachen und Schlußfolgerungen

Wien hat im November 1954 erlebt, was man eine österreichische Reproduktion der deutschen „Dolchstoßlegende“ vom November 1918 nennen könnte.

Die Tatsachen

Das Landesgericht Linz erklärt mit Urteil vom 9. September 1954 das Buch „Die Uhr blieb stehen“ von Erich Kern (Kernmayer!) nach den Bestimmungen des Verbotsgesetzes für verfallen. Nach Meinung des Gerichtes ist der Tatbestand der Propagierung nationalsozialistischen Gedankengutes durch die im Buch enthaltene Darstellung der Kämpfe um Wien im April 1945 und insbesondere durch die Angriffe gegen den seinerzeitigen Major im Wehrkreiskommando XVII, Carl Szokoll, und seinen Mitarbeiter, den ehemaligen Oberfeldwebel Ferdinand Kaes erfüllt. Szokoll und Kaes haben bekanntlich im April 1945 von ihrer Dienststelle aus mit den nach Wien heranrückenden Truppen der Roten Armee Fühlung aufgenommen, um Wien das Schicksal von Budapest oder Breslau zu ersparen. Sie haben damit eine Tat wirklichen „Widerstandes“ gesetzt, auf die wir alle stolz sind.

Weitere Angehörige der Widerstandsgruppe Szokoll — Major Biedermann und die Hauptleute Huth und Raschke — wurden noch knapp vor dem Zusammenbruch des deutschen Widerstandes Anfang April 1945 von der SS auf dem Floridsdorfer Spitz gehenkt.

Mit Beschluß vom 4. November 1954 ordnet das Landesgericht Wien die Beschlagnahme der

in Stuttgart erscheinenden „Deutschen Illustrierten“ an, welche eine mehrseitige Bildreportage über den „Verrat“ an Wien bringt und dem bereits vorher beschlagnahmten Buch Kerns Reklame macht. Anlaß des neuen Angriffs ist der der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegebene Plan, einen Film über die letzten Tage der Reichskanzlei und das Ende Hitlers herzustellen*).

Nun folgt der österreichische Beitrag zu der bisher von Deutschland gesteuerten Kampagne:

Am 4. November erscheint der „Bildtelegramm“ unter der balkendicken Überschrift „Sind Filmproduzenten Verräter?“ und bringt ein der „Deutschen Illustrierten“ entnommenes Bild Szokolls und Dr. Polsterers**), des Gesellschafters der Filmproduktionsfirma, die „Die letzte Brücke“ hergestellt hat und nun den Film „Der letzte Akt“ drehen will.

Am 6. November beginnt der „Bildtelegramm“ seine Kampagne gegen den ehemaligen Mitarbeiter Szokolls, den jetzigen Gendarmeriemajor Kaes. Ihr dienen durch Tage die Großüberschriften auf der Titelseite der Zeitung.

Stil und Niveau der Hetze gegen Major Kaes (der seinerseits wieder gar nichts mit dem Film Szokolls und Polsterers zu tun hat) passen sich dabei vollkommen den Pressesitten des Systems an, das Szokoll und Kaes niemals leugnen, mit

*) Szokoll ist seit Kriegsende in der Filmproduktion tätig. „Die letzte Brücke“ ist ein Film seiner Produktion.

**) Polsterer hat gar nichts mit der Widerstandstätigkeit Szokolls zu tun, ist aber Mitherausgeber des „Neuen Kuriers“. Anlaß genug für das zweite „unabhängige“ Mittagsblatt, auch ihn anzugreifen.

Der Versuch der kampflosen Übergabe Wiens

Drei Österreichern, die vor nun fast zehn Jahren am Floridsdorfer Spitz von einem Einsatztrupp der SS bestialisch mißhandelt und sodann erhängt wurden, ist in den letzten Tagen eine seltsame Ehrung zuteil geworden: Männer gleichen Geistes, die jenen Opfern damals Pappzettel auf die von Bajonettstichen zerfetzten Leiber mit der Inschrift hängten „Ich bin ein Verräter“, glaubten die Zeit heute schon wieder reif, dies in aller Öffentlichkeit erneut tun zu können.

Sie gaben damit zugleich eine Darstellung einer Aktion in den letzten Kriegstagen um Wien, die, wäre sie in Norwegen, Belgien oder Frankreich erfolgt, jene drei Erhängten längst zu gefeierten Nationalhelden gemacht hätte. Es ist die Tragikomödie der Geschichte im allgemeinen und vielleicht der österreichischen Verhältnisse im besonderen, daß es die Mitläufer der anderen Seite sind, die jene, auf denen die Verpflichtung zur Ehrung der Toten des österreichischen Freiheitskampfes ruht, aus ihrer Lethargie wachgerüttelt haben. Aber vielleicht ist es gut auch so; denn obwohl noch vom Galgen herunter der Ruf „Es lebe Österreich“ die letzten Worte eines waren, ist die Tat letzten Endes doch keine patriotische gewesen. Sie war kein Kampf von Österreichern gegen Deutsche, sondern ein Kampf auf den inneren Schlachtfeldern gegen den Faschismus, ein Kampf des Aufbauwillens gegen das sadistische Zerstören, ein Kampf der Vernunft gegen die Unvernunft. Er führt geradlinig von

der Verschwörung des 20. Juli über viele unbekannte, bittere Stationen bis zum „Verrat von Wien“.

Wenn wir uns aber schon auf der Ebene nationalsozialistischer Diktion bewegen (und wir sind auch darin erfahren genug, um auf den erfolgten Angriff nicht etwa mit einem Rechtfertigungsgestammel zu antworten), so müssen wir gegen den „Verrat“ das stellen, was uns dazu gezwungen hat, Begriffe, wie Soldatenehre und Fahnenleid zu brechen, nämlich den gemeinen Mord!

Mord an Hunderttausenden deutscher Volksgenossen, müßte es in der gleichen Diktion weitergehen, Mord an unzähligen tapferen deutschen Soldaten, an der deutschen Jugend, die man verantwortungslos, skrupellos noch zu einer Zeit bewußt in die Vernichtung der Schlachtfelder trieb, als die oberste Führung des damaligen Deutschen Reiches bereits klar erkannt hatte, daß der Krieg verloren sei*).

Aber die Zeit des Nationalsozialismus und seiner Diktion ist endgültig vorbei. Daran werden uns auch ehemalige SS-Kriegsberichterstatter und noch weitere zehn oder zwanzig Unbelehrbare nicht irremachen; wenn aber über die damalige Zeit doch gesprochen werden soll, so sei dazu kurz folgendes berichtet:

Als einem der wenigen Offiziere, die als Mitverschworene den Putschversuch des 20. Juli überdauern konnten, gelang es mir, meine Schlüsselposition durch den Ausfall an Fachleuten auf dem Gebiet der

*) Vgl. Aussage des Generalobersten Jodl nach Einstellung der Feindseligkeiten.

voller Absicht „verraten“ zu haben, wie es gleich ihnen zehntausende Antifaschisten getan haben und wozu sie sich jederzeit bekannt haben und jederzeit bekennen werden.

Die „Salzburger Nachrichten“ (unter der gleichen Chefredaktion wie der „Bildtelegraph“) übernehmen die Stichworte ihres Wiener Ablegers. Nachdem der Innenminister mit amtlicher Erklärung vom 10. November Major Kaes deckt und sich mit den Widerstandskämpfern identifiziert, übernimmt seinerseits Chefredakteur Canaval der „Salzburger Nachrichten“ mit einem ganzseitigen Leitartikel am 13. November die volle moralische Verantwortung für die Kampagne gegen Szokoll und Kaes, die ihrem Sinn und Wesen eine Kampagne gegen Österreich, gegen die Urteile unabhängiger österreichischer Gerichte und die Haltung und Tat derer ist, die einen längst in die Geschichte eingegangenen Beitrag zur europäischen Widerstandsbewegung gegen den Faschismus geleistet haben.

Daß die Kampagne mit Argumenten verbrämt wird, die scheinbar nicht auf die Widerständigkeit der Angegriffenen, sondern auf ihre jetzige Haltung und Äußerungen zielt, macht die Sache nicht besser. **Niemand wird sich darüber täuschen lassen, daß nach Absicht der Angreifer Faschismus und zweiter Weltkrieg in der Öffentlichkeit einer neuen Wertung unterzogen werden sollen.**

Schlußfolgerungen

Genosse Karl Hans Sailer hat in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 14. November 1954 mit vollem Recht darauf verwiesen, daß es sich bei dieser Kampagne für eine österreichische „Dolchstoßlegende“ natürlich nicht um diese oder jene Äußerung gehandelt hat, die der

Heeresorganisation nicht nur zu festigen, sondern auch als selbständiger Leiter einer Außenstelle des OKH weiter auszubauen. Trotz der Bespitzelung durch die Stellen des Reichssicherheitshauptamtes war es möglich, fast genau die gleiche Organisation weiterzuführen, die schon einmal — ausgelöst durch das Stichwort „Walküre“ — zu den Ereignissen des 20. Juli führte. Jetzt lief sie unter dem Stichwort „Radetzky“. Sie wurde erweitert durch Vorbereitungen für die Zusammenarbeit mit den alliierten Armeen, sobald diese Heimatboden betreten sollten. Während der Versuch, über den ungarischen Generalstab (Verbindungsoffizier Hauptmann Huth) das englische Oberkommando zu einer Luftlandeoperation an der ungarisch-österreichischen Grenze zu bewegen, mißlang, hatte die Verbindungsaufnahme mit einer anderen heranrückenden Armee, der Armee des Marschalls Tolbuchin, mehr Erfolg. Der Versuch, unter möglicher Vermeidung von Blutvergießen die Feindseligkeiten in Wien einzustellen, war eine rein militärische Aktion. Diese militärische Aktion heute mit kommunistischen Sympathien oder Antipathien in Verbindung zu bringen, ist ebenso dumm, wie es feige war, sich nach dem Westen abzusetzen und tausende Kinder und Mütter in Wien einem ungewissen Schicksal zu überlassen. Wir haben damals, im April 1945, die Ehre unserer Frauen mit dem Einsatz unseres Lebens verteidigt; daß wir nur wenig Erfolg hatten, lag nicht an uns. **Aber wir haben es wenigstens versucht.**

Die Darstellungen über die Aktion und die Lage in

Gendarmeriemajor Kaes gegenüber Reportern des „Bildtelegraph“ gemacht oder nicht gemacht hat und die schließlich seine persönliche Angelegenheit sind. Zur Diskussion gestellt war unsere Einstellung zum Dritten Reich und seinem Krieg — zehn Jahre nachher.

Objektiverweise wird man dazu sagen müssen, daß die Stellungnahme der amtlichen und Regierungsstellen — mit Ausnahme der des Staatssekretärs Graf — eindeutig war. Im Österreich 1954 gelten für Heldentum und Verrat noch immer die gleichen Maße, wie sie 1945 gegolten haben, als Österreich eben erst wieder Österreich geworden war. Die Drahtzieher der Pressekampagne, die es anders haben wollten, wurden darüber sehr eindrucksvoll belehrt. Dabei soll es auch bleiben!

Die Dolchstoßlegende hat nach dem ersten Weltkrieg nationale Leidenschaften und offenen Bürgerkrieg entfacht.

Dieses Mal widmen sich der „Verteidigung“ deutscher Soldatenehre Leute, die nicht zuletzt dem Widerstand danken, daß sie wieder in der Lage sind, publizistisch tätig zu sein.

In Wahrheit ist von deutschem „Soldatentum“ und deutscher „Soldatenehre“ im Denken und Fühlen unserer Zeit nur zurückgeblieben eine Hoffnung auf Steigerung der Auflage für den „Bildtelegraph“. So weit können die Akten über den untauglichen Versuch, eine österreichische Dolchstoßlegende zu schaffen, geschlossen werden. Trotzdem wollen wir, schon um jede weitere Beispielsfolgerung auszuschließen, allen, die es angeht, sagen:

Die Gesinnung des Widerstandes gegen Faschismus und Krieg war unsere Gesinnung, die Tat der Widerstandskämpfer war unsere Tat. Wir werden darüber wachen, daß sich darüber niemand im unklaren ist!

dem Buch von Kern und in der „Deutschen Illustrierten“ verschweigen bewußt, daß Wien, im Gegensatz zu Breslau und Budapest, bar jeglicher militärischer Verteidigungsmaßnahmen war, daß die gesamte Wasserversorgung Wiens — ein dünner Strang von zwei Hochquellenleitungen — kilometerweit durch das von den Belagerern besetzte Gebiet führte, verschweigen, daß in der Stadt fast 30.000 Verwundete aus den vorhergehenden Kämpfen kein Bett mehr fanden, daß die Spitäler überbelegt waren und daß es an Medikamenten mangelte, an Verpflegung, an Vorsorgen jeglicher Art, die eben notwendig sind — militärisch notwendig —, wenn man einen Platz zu einer Festung deklarieren will. Sie verschweigen, daß, im Gegensatz zu Budapest, wo sechs intakte SS-Divisionen noch voll ausgerüstet und aufgefrischt wochenlang militärischen Widerstand leisten konnten, in Wien nur mehr die geschlagenen und dezimierten Überreste von vier Divisionen lagen, sie verschweigen...

Es gibt noch viele Gründe, Gründe der Vernunft, der Anständigkeit und der Humanität, die uns gar nicht anders handeln lassen konnten. So war der Entschluß, auf verantwortungsvollem Posten in Wien selbständig zu handeln — dieser letzte einer Widerständigkeit, die im Jahre 1942 begann —, nicht begründet durch eine patriotische, ja nicht einmal durch eine politische Haltung; es waren einfache Gründe der Menschenwürde und des Intellekts.

Mögen andere es Verrat nennen, wir werden das zu tragen wissen.

Fragen, die uns bewegen

Warum dauert alles so lange?

Wir haben in unserer Zeitung*) in einem Artikel über „Fragen, die uns bewegen“ schon einmal die allgemeine Klage, daß die Erledigung unserer Anträge und Berufungen so lange dauert, behandelt und versucht, den Aktenlauf zu erklären. Wir haben damals die Hoffnung ausgesprochen, daß nach Überwindung des ersten Ansturmes das verstärkte Personal der Ämter der Landesregierungen und des Sozialministeriums in der Lage sein wird, die An-

Weltpolitische Schwerpunktverlagerung

(Fortsetzung von Seite 4)

nie eine wirkliche Lösung von Problemen sein, die das Dasein der Völker bewegen. Keine Atombombe kann den wahren Nährboden des Kommunismus, nämlich die politische, soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit, so umpflügen, daß aus ihm eine neue und diesen Völkern gerecht werdende Ordnung erwächst.

Das amerikanische Volk hat für den Frieden und die Freiheit der Welt viele Opfer gebracht, und seine Europahilfe war und ist der bedeutendste historische Beitrag zur Rettung der Demokratie vor der Bedrohung durch den östlichen Totalitarismus. Es waren dies Opfer für eine richtige Politik; jene, die es nun weiterbringt, sind solche für eine falsche. Dabei ist die Asienpolitik Amerikas zweifellos von echten politisch-moralischen Prinzipien bestimmt, die so weit gehen, daß dieses Land um ihrertwillen durch die Nichtanerkennung des kommunistischen China etwa sogar auf die ungeheuren wirtschaftlichen Möglichkeiten verzichtet, die eine gesunde Realpolitik gegenüber dieser neuen gewaltigen Macht mit sich brächte. Sosehr aner kennenswert derartige Prinzipien sein mögen — auf der anderen Seite steht, was der Generalsekretär der britischen Labour Party, Morgan Phillips, der gewiß keiner Sympathien für den Kommunismus verdächtig ist, nach dem Chinabesuch mit der Delegation unserer englischen Genossen mit Clement Attlee ausgesprochen hat: Daß der Weltfrieden von einer engeren Zusammenarbeit zwischen China und der übrigen Welt abhängt und die Politik der Abkapselung diesem Frieden nur schaden könne.

Überdies: es wäre nicht das erstemal, daß eine Hand, die nicht zurückstößt, sondern sich hilfsbereit bietet, ein Land aus dem scheinbar so fest gefügten Sowjetblock herauslösen könnte. Militärische Bündnis-systeme und Atombomben (im Besitz von Freund und Feind) können den Gegner in seine Schranken weisen und dort fixieren, wie das heute auch geschieht. Der Freiheit und Demokratie zur Überwindung der Unfreiheit und des Totalitarismus zu verhelfen, dazu bedarf es außerdem noch der Konzentration der Kräfte auf die Abschaffung jener sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zustände, welche gerade und besonders in unterentwickelten Ländern die Völker den letzten Ausweg aus Not und Elend im Kommunismus sehen läßt. Das Schicksal der Welt entscheidet sich dort, wo viele hundert Millionen bisher ausgebeuteter Menschen in revolutionäre Bewegung geraten sind. Weder der Vatikan zu Rom noch das Pentagon zu Washington können der westlichen Welt das wirksame Gegenmittel gegen die kommunistische Infektion liefern. Nur der Aufbau einer neuen, gerechten und vernünftigen Ordnung nach wirklich demokratischen Grundsätzen und nicht die Aufrechterhaltung überlebter oder abgewirtschafteter Systeme kann dort noch retten, was zu retten ist.

Das kann noch immer alles sein, wenn man sich nicht allzuviel Zeit damit läßt.

*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 12, Dezember 1953, S. 8.

suchen, Berufungen und Auszahlungen rascher zu erledigen. Zum Teil wurde unsere Hoffnung verwirklicht, zum Teil müssen wir leider feststellen, daß bei manchen Ämtern der Landesregierungen die Akten erledigung unberechtigt lange dauert. Daß das Verfahren oft sehr umständlich durchgeführt wird, daß oft Schwierigkeiten bereitet werden, die man schon als Schikane bezeichnen muß, und daß bei Überprüfung dieser Fälle oftmals keinerlei sachliche Gründe für die Verzögerung festgestellt werden können. Wir konnten auch feststellen, daß manche Berufung nur deshalb eingebracht werden mußte, weil das Amt einer Landesregierung falsch oder allzu kleinlich entschieden hatte.

Im Bundesministerium für soziale Verwaltung häufen sich die Berufsakte zu Tausenden, und so kommt es, daß bei einer Erledigung in der Reihenfolge des Einlangens auch Berufungen, die schnell erledigt werden könnten, weil es sich um eine offensichtliche Fehlentscheidung handelt oder die Berufung die Sachlage klären konnte, jahrelang der Erledigung harren müssen. Dieser Zustand ist nicht nur unerfreulich, sondern berechtigter Anlaß für eine scharfe Kritik. Unsere Vertreter in der Opferfürsorgekommission haben wiederholt diese Mängel aufgezeigt und Abhilfe verlangt. Bundesminister Maisel hat zugesagt, alles Notwendige zu veranlassen, daß die Erledigungen beschleunigt werden. So ist es Minister Maisel gelungen, die Auszahlung aller Haftentschädigungen, soweit sie bereits mit Bescheid zuerkannt worden sind, mit Beginn Dezember 1954 zu veranlassen.



Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Robert Blau, Josef Brazdovics, Hans Christian Broda, Karl Czernetz, Josef Hindels, Felix Hubalek, Adolf Schärf, Carl Szokoll, Rudolf Trimmel.

Hilfe für die Inhaber von Opferausweisen

Das Opferfürsorgegesetz schließt einen großen Kreis von Opfern aus, weil sie die Voraussetzungen des OFG nicht erfüllen. Trotzdem sind ihnen schwerste wirtschaftliche und auch seelische Schäden widerfahren. Soweit sie nicht zu jenem Personenkreis gehören, die auf Grund der Rückstellungs- oder Rückgabegesetze eine Wiedergutmachung erlangen konnten — und dies ist erfahrungsgemäß nur ein geringer Prozentsatz dieser Geschädigten —, erhoffen sie sich nunmehr auf Grund der Verhandlungen der Bundesregierung eine individuelle Gutmachung. Jedem von uns ist es klar, wie schwierig die Erfassung und vor allem die Beweisführung hinsichtlich dieser Schäden ist. Besonders den ärmeren Schichten der Geschädigten wird es schwerfallen, die Größe des Schadens zu beweisen, weil es sich bei ihnen vor allem um kleine Ersparnisse, Hausrat und dergleichen mehr handeln wird.

Neben diesem Personenkreis ist es der Inhaber eines Opferausweises, der hofft, daß die in Beratung stehende Wiedergutmachung endlich auch Ansprüche dieses Personenkreises anerkennt und befriedigt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß nur ein sehr kleiner Teil der Inhaber eines Opferausweises die Möglichkeit hat, die mit diesem Ausweis verbundenen Begünstigungen in Anspruch zu nehmen, wie zum Beispiel Steuerbegünstigung, Erleichterung bei Erlangung einer Gewerbeberechtigung, einer Wohnung und eines Kleingartens. Ein größerer Teil sind kleine Pensionisten, Rentner und Gemeindebefürsorgte, für die der Opferausweis nur ideellen Wert hat. Dieser Personenkreis hat auch nur sehr geringe Haftentschädigungen zu beanspruchen gehabt. Hingegen hat dieser Personenkreis vielfach schwerste wirtschaftliche Schäden erlitten. Wer, außer unverbesserlichen Nazi, Antisemiten und beschränkten Neidern, kann es ihnen daher verdenken, daß sie nunmehr nach jahrelangem Warten auch für sich eine Regelung fordern? Leider kommt für viele die Wiedergutmachung zu spät, weil sie infolge ihrer geschwächten Gesundheit, verbittert und enttäuscht, gestorben sind.

Wir wissen, daß auch eine großzügige Regelung keineswegs die erlittenen Schäden wiedergutmachen kann. Sie wird zumeist nur eine Anerkennung und Linderung der jetzigen Not bedeuten. Es freut uns, daß in einigen Bundesländern schon seit Jahren im Budget der Landesregierungen Vorsorge für einmalige Beihilfen an Opfer der Faschismen, also auch an Inhaber von Opferausweisen, getroffen wurde. Unser Wunsch ist, daß sich auch die übrigen Bundesländer anschließen mögen. Am besten wäre es, allen Inhabern von Opferausweisen, da sie ja von der Rentenfürsorge ausgeschlossen sind, wenn ihr Einkommen ge-

ringer ist als die Unterhaltsrente, zweimal im Jahr eine geldliche Beihilfe zu geben. Man würde dadurch die Allerärmsten unter den anerkannten Opfern und Hinterbliebenen vor der größten Not schützen und anderen das Leben leichter machen. Man möge bedenken, daß diese Opfer arbeitsame Menschen waren, die zumeist Vorsorge für ihr Alter getroffen hatten. Sie wurden beraubt und ausgeplündert, weil sie treu zur Demokratie und freien Republik standen oder ihrer Abstammung wegen. Soweit es sich um ehemalige Selbständige handelt, gibt es für sie keinerlei Rente oder Unterstützung — außer die öffentliche Fürsorge —, weil sie die Voraussetzungen der betreffenden Gesetze nicht erfüllen. Soweit es sich um Arbeitnehmer handelt, erhalten sie vielfach nur geringe Renten, weil sie auf Grund der erlittenen Verfolgungen Lücken in den Versicherungszeiten hatten und nicht immer eine begünstigte Anrechnung möglich war.

Laßt uns den Inhabern von Opferausweisen helfen, denn gerade sie brauchen diese Hilfe!

*



Was bringt uns die 10. Novelle des OFG?

Nachdem der Ministerialentwurf der 10. Novelle des OFG erst in Ausarbeitung ist und wir im Laufe der Zeit eine Reihe von Wünschen und Notwendigkeiten für diese Novelle gesammelt haben, deren Berücksichtigung bei der Novellierung wir durchsetzen wollen, kann noch nichts Konkretes über die Novelle berichtet werden. Eine Forderung — die Erhöhung der Unterhaltsrenten — haben wir bereits erwähnt. Dann ist es für Hinterbliebene von größter Bedeutung, daß auch im Falle des Ablebens des Opfers nach dem 9. Mai 1945 die Hinterbliebenenversorgung gewährt wird.

Weiter soll die Novelle die Einbeziehung der volksdeutschen und staatenlosen Opfer des Faschismus in den Kreis der Anspruchsberechtigten bringen. Schließlich soll die Novelle eine Reihe von Härten beseitigen, und es werden dadurch hunderte Opfer, die bisher vergeblich ihr Recht suchten, anerkannt und befriedigt werden.

Obwohl die Frist zur Geltendmachung eines Anspruches nach dem OFG mehrmals verlängert worden war und in unserer Zeitung und der sozialistischen Presse auf den Ablauf dieser Frist oftmals aufmerksam gemacht worden ist, hören wir immer wieder von unseren Lokal-, Bezirks- und Landesgruppen, daß Ge-

Niemals vergessen

Wir gedachten unserer Toten

Wie alljährlich so versammelten sich auch heuer am 31. Oktober vormittags vor dem Mahnmal der Parteivorstand, unser Bundesvorstand, Delegierte der Wiener Bezirksgruppen und hunderte Genossen und Genossinnen, um unserer Opfer zu gedenken.

Nach einem stillen Gedenken unter Niederlegung der Kränze bewegte sich der Zug sodann zur gemeinsamen Grabstätte von Victor Adler, Engelbert Pernerstorfer, Karl Seitz und Otto Bauer, wo gleichfalls Kränze niedergelegt wurden.

Mit dieser stillen Ehrung war die Kundgebung beendet; wir aber bekräftigten unser Gelöbnis, aller unserer Opfer niemals zu vergessen.

nossen oder Genossinnen diese Frist versäumt und trotz aller Publikationen erst zu spät erfahren haben, daß sie nach dem OFG Ansprüche hätten geltend machen können. Zumeist kommen diese Genossen erst durch den Eintritt einer Notlage, eines Todesfalls, einer Kündigung, eines Ansuchens um Anerkennung von Vordienstzeiten, eines Rentenantrages oder Ansuchens um Zuweisung einer Wohnung darauf, daß sie infolge Ablaufes dieser Frist zu Schaden kommen. Wir haben uns wiederholt bemüht, die Abschaffung dieser Befristung oder eine neuerliche Fristeröffnung zu erreichen, und werden dies auch anläßlich der Beratungen über die 10. Novelle neuerlich tun. Wir sind aber auch der Meinung, daß man Ansuchen um Nachsicht von der Fristversäumnis großzügig behandeln sollte, ebenso großzügig, wie dies bei der Erteilung der Nachsicht nach dem KOVG der Fall ist.

Aus dem Wiener Landesverband

Franz Schuhmeiers 90. Geburtstag

Über Franz Schuhmeier, der im Jahre 1912 von der Leopoldstadt aus in den Reichsrat entsendet und der tragischerweise in der Leopoldstadt, auf dem Nordwestbahnhof, sein Ende fand, wollen wir anläßlich seines 90. Geburtstages einiges erzählen.

Franz Schuhmeier wurde am 11. Oktober 1864 in der Hirschengasse 21 als Sohn einer Wäscherin geboren. Er besuchte in Matzleinsdorf sechs Klassen Volksschule und war dann als Buchbinder und Hilfsarbeiter in einer Buntpapierfabrik tätig. Im Jahre 1880 trat er in die sozialdemokratische Bewegung ein. Schon 1888 ließ ihn der berühmte Polizeikommissär Sabatzka als „Geheimbündler“ einsperren. Am 11. Oktober 1888 (mit genau 27 Jahren) trat Schuhmeier als Redakteur in die „Volkstribüne“ ein, wo Emil Kralik sein Vorgesetzter war. Einige Jahre später wurde Schuhmeier Gesamtsekretär der Sozialdemokratischen Partei Österreich-Ungarns.

Im Jahre 1900 wurde Schuhmeier von Ottakring aus in den Gemeinderat und im Jahre 1901 in den Reichsrat entsendet. Schuhmeier bildete sich selbst durch Kursbesuche weiter. Anfang Februar 1913 sprach Schuhmeier in mehreren Wählerversammlun-

gen für den Genossen Hackenberg, so auch am 11. Februar in Stockerau. Gleich nach der Versammlung eilte Schuhmeier zur Bahn, um den Zug zu erreichen, der in Wien um 22.37 Uhr ankommen sollte. Ein Eisenbahner und ein Kinobesitzer waren im Zug seine Sitznachbarn. Als die Passagiere die Nordwestbahnhalle verlassen wollten, krachte plötzlich ein Schuß. Schuhmeier hob beide Hände hoch und sank tödlich getroffen zusammen. Eine Kugel, aus zehn Meter Entfernung von dem 45jährigen Metallarbeiter Paul Kunschak, dem Bruder des christlichsozialen Abgeordneten, abgefeuert, traf einen der besten und fähigsten Arbeitervertreter. Als man Kunschak die Waffe abnahm, sagte er: „Das war meine Rache!“ Kunschak arbeitete als Dreher bei Siemens-Schuckert, Gräf & Stift, Roth AG und mehreren anderen Firmen. Er war ein Querulant und wollte nicht der Gewerkschaft beitreten. Aus diesem Anlaß kam es wiederholt in den Betrieben zu Unruhen, und Kunschak wurde arbeitslos. Aus Rache faßte er den Plan, einen maßgebenden sozialistischen Funktionär zu töten. Das war sein Christentum. Als er in den Zeitungen von der Stockerauer Versammlung Schuhmeiers las, fuhr er ihm bis Korneuburg entgegen, bestieg dort denselben Zug, in dem Schuhmeier saß. Im Waggon waren aber so viele Menschen, daß Kunschak die Tat dort nicht mit Sicherheit ausführen konnte; so wartete er die Gelegenheit ab, bis der Zug in die Nordwestbahnhalle einfuhr. Abgeordneter Volkert und Sekretär Kutt übernahmen es noch in der Nacht, die Familie Schuhmeiers in der Wilhelminenstraße von dem Unglück zu verständigen. Sonntag, den 16. Februar 1913, war das Begräbnis. Es begann um 13.30 Uhr beim Arbeiterheim in der Kreitnergasse und war um 18.30 Uhr auf dem Ottakringer Friedhof zu Ende. 200 Kranzträger und 16.000 Ordner flankierten fünf Stunden lang den Leichenzug, an dem 250.000 Menschen teilnahmen.

So werden viele unter uns jenes Genossen gedenken, der nicht nur Wegbereiter, sondern wirklich Vorbild für uns war.

Arbeiter!

Angestellte!

Entleht Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien
werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung

des

Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Eine würdige Gedenkstunde

Der 31. Oktober war der 10. Jahrestag, an dem auf der Schießstätte Kagran fünf aufrechte Wiener Berufsfeuerwehrmänner wegen ihrer Gesinnung an den Pfahl gebunden wurden, damit zwei von ihnen herausgeschossen werden konnten.

Zu diesem grauenvollen Schauspiel mußte die gesamte Wiener Berufsfeuerwehr appellmäßig antreten und einem der schaurigsten Morde des Naziregimes unfreiwillig Zeuge stehen.

Aus diesem Anlaß veranstaltete die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten am 31. Oktober 1954 im Brahmssaal eine würdige Gedenkfeier, an der Bürgermeister Genosse Jonas, Branddirektor Prisnitz, die Genossen Schiller und Weihs mit den Obmännern der Hauptgruppen und Hinterbliebene aller in den Jahren 1934 bis 1945 Justifizierten teilnahmen.

Mit Schuberts „Tod und das Mädchen“ leitete der Bläserchor der Wiener Berufsfeuerwehr unter der Leitung des Musikdirektors Otto Watzek die Feier ein. Anschließend las Albin Skoda „Drei Männer (1934)“ und „Brief an einen Arbeiterdichter in Dachau“ von Fritz Brügel. Das „Andante doloroso“ von Watzek schloß den ersten Teil der Feier.

Anschließend sprach unsere Genossin Jochmann. Sie hielt die Gedenkrede mit Worten, die nur ihr gegeben sind; mahnende Worte, dieser aufrechten, tapferen Menschen niemals zu vergessen und eine bessere Zukunft in ihrem Sinne in Freiheit und Frieden zu erkämpfen.

Nach Verlesung einiger Stellen aus Abschiedsbriefen der Hingemordeten schloß die würdevolle Feier, die bei den Anwesenden einen tiefen Eindruck hinterließ, mit der Internationale, die der Bläserchor der Wiener Berufsfeuerwehr intonierte.

Die Bezirke berichten:

Leopoldstadt

Johann Gutsch 80 Jahre. Schon in frühester Jugend wurde Genosse Gutsch, der am 2. Oktober 1874 geboren wurde, Leser der „Arbeiter-Zeitung“ und Sozialdemokrat. Er beteiligte sich bereits an den ersten 1.-Mai-Aufmärschen, unterrichtete in Arbeiterbildungsvereinen, schrieb für Gewerkschaftsblätter, gründete 1895 den ersten Arbeiter-Stenographenverein, begann 1897 die Rechtsanwalts- und Notarsangestellten freigewerkschaftlich zu organisieren, wurde später Obmann und danach Sekretär ihrer Reichsgewerkschaft und Redakteur der „Organisation“, und hatte inzwischen begonnen, auch in der Partei als Vertrauensmann im 4. und 10. Bezirk politisch aktiv zu werden. Nach Beendigung des ersten Weltkrieges wurde er als Vertreter der kleinen Gewerkschaften in das Präsidium der Ständigen Delegation der Angestelltengewerkschaften in der Gewerkschaftskommission gewählt, von der er zusammen mit Richard Seidel 1923 zum Internationalen Sozialistenkongreß in Hamburg als Vertreter der österreichischen Gewerkschaften entsendet wurde. Über seine Initiative wurde unter dem sozialistischen Staatssekretär für Justiz 1920 das Gesetz über die Rechtsanwalts- und Notarsgehilfenkammern geschaffen, und in den Bundesländern diese Kammern konstituiert. Als das Arbeitsamt für Angestellte errichtet wurde, wurde Gutsch über einhelligen Vorschlag aller Angestelltengewerkschaften zu dessen Leiter bestellt.

ARBEITERBANK

AKTIENGESSELLSCHAFT WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: R 505 40 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechte Wienzeile 37
Telephon B 26 0 91

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559

Lin: Weingartshofstraße 3, Telephon 27 8 78

Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822

Dieses Amt mußte er in der Zeit der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit ausbauen und führen, bis auch er schließlich ein Opfer des grünen und braunen Faschismus wurde.

Bis zum Februar 1934 war er Mitglied des Wiener Stadtschulrates und Ausschußmitglied der Zentralsparkasse der Stadt Wien. 1945 stellte er sich sofort wieder der Partei, und zwar in der Bezirksorganisation Leopoldstadt, zur Verfügung, wo er noch jetzt in seinem hohen Alter mehrere wichtige Funktionen innehat. Gleichzeitig wirkte er einige Jahre in der Volkssolidarität und in der Magistratsabteilung 12 für die Opferfürsorge. Im 2. Bezirk ist er Fürsorgeaktionsobmann und Fraktionsobmann der sozialistischen Fürsorgeräte. Von der Partei mit der Victor-Adler-Plakette und vom Gewerkschaftsbund mit dem goldenen Ehrenzeichen bedacht, erhielt er vor kurzem als Auszeichnung durch den Bundespräsidenten den Titel eines Bundesstaatlichen Fürsorgerates verliehen.

Das ist ganz kurz skizziert das Lebensbild unseres Freundes und Genossen Johann Gutsch, dem wir zu seinem 80. Geburtstag von ganzem Herzen noch viele schöne und gesunde Jahre wünschen.

Simmering

Ignaz Bockberger. Die Bezirksgruppe Simmering und die Partei hat durch das Ableben des am 18. August 1954 verstorbenen Genossen Ignaz Bockberger ein treues Mitglied verloren. Er starb nach längerer Krankheit im 58. Lebensjahr.



Schon mit vierzehn Jahren wurde er Mitglied des Verbandes der jugendlichen Arbeiter. Im Jahre 1918 wurde er in den Bezirksvorstand der Bezirksorganisation Simmering der Sozialdemokratischen Partei und fast zu gleicher Zeit zum Betriebsratsobmannstellvertreter der Arbeiterschaft der Simmeringer Waggonfabrik gewählt. Später wurde Bockberger mit weiteren verantwortungsvollen Funktionen betraut: er war Vorstandsmitglied des Metallarbeiterverbandes und der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse. Als er 1924 in den Dienst der Wiener E-Werke trat, wählten ihn seine Kollegen zum Betriebsratsobmann des E-Werkes Simmering. Im

Februar 1934 gab Bockberger ein Beispiel an Standhaftigkeit und Gesinnungstreue. Die Heimwehrfaschisten löhnten ihm sein Eintreten für die Sache der Arbeiter mit vierzehn Monaten schweren Kerkers, die Bockberger in der Strafanstalt Stein verbüßte. Als er aus der Haft entlassen wurde, widmete er sich sofort der illegalen Gewerkschaftsarbeit und führte — die Nazi stellten ihn als Heizer wieder ein — die illegale Gewerkschaftsorganisation im Simmeringer E-Werk. 1945 wurde Bockberger wieder Betriebsratsobmann des Elektrizitätswerkes Simmering sowie Zentralvorstandsmitglied und Mitglied des Wiener Vorstandes der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten.

Bei der Samstag, den 21. August, stattgefundenen Trauerfeier im Krematorium hatten die sehr zahlreich anwesenden Kollegen, Funktionäre, Freiheitskämpfer, Freunde und Bekannten einem verdienstvollen, unermüdeten Vertrauensmann die letzte Ehre erwiesen. Genosse Pölzer würdigte die Verdienste Bockbergers. Mit Genossen Bockberger verliert die österreichische Arbeiterbewegung einen tüchtigen, unbeugsamen Funktionär und Kämpfer. Ein ehrendes Gedenken bleibt ihm gewahrt.

Floridsdorf

Josef Rakuschan. Am 24. September 1954 verstarb nach langem schwerem Leiden Genosse Josef Rakuschan im 50. Lebensjahr. Er war ein treuer und verlässlicher Anhänger unserer Idee und kämpfte jederzeit für die Rechte der Arbeiter. Im Februar 1934 wurde er, nachdem er an den Kämpfen aktiv teilgenommen hatte, verhaftet und in den Kerker geworfen.

Die Urnenbeisetzung fand am 30. September 1954 auf dem Stammersdorfer Friedhof um 13.30 Uhr statt. Genosse Blei als Bezirksobmann der Freiheitskämpfer hielt einen tiefempfindlichen Nachruf. Er betonte, daß wir das Opfer und die Kampfbereitschaft dieses treuen Genossen niemals vergessen werden.

Aus den Landesorganisationen

Steiermark

In der am 16. September 1954 abgehaltenen Sitzung der Rentenkommission wurde festgestellt, daß eine Anzahl von Rentenbeziehern aus dem Opferfürsorgegesetz der steiermärkischen Landesregierung ihre finanziellen Veränderungen, wie Nebeneinkommen, Altersrente der Ehefrau, Erhöhung von sonstigen Privatrechten usw., der Opferfürsorgeabteilung der Landesregierung nicht zur Kenntnis bringen.

Aus diesem Versäumnis erwächst unseren Genossen ein empfindlicher Schaden dadurch, daß sie nach Durchführung der amtlichen Erhebungen der Landesregierung diese zu Unrecht bezogenen Beträge zurückzahlen müssen.

In der letzten Sitzung wurden zwei Rentenbeziehern aus dem OFG 6000 S und 23.000 S zur Rückzahlung vorgeschrieben; sie haben es unterlassen, ihre Einkommensveränderung der Landesregierung bekanntzugeben.

Inhaltsverzeichnis

(Die erste Zahl bedeutet die Nummer, die zweite die Seite)

Aus dem Jahrgang 1954

Unser Freiheitskampf:

12. Februar 1934	1/2	16, 17, 18
Vor zwanzig Jahren	1/2	2, 3
Wer wird antworten auf dieses Verbrechen (Die letzten Stunden Koloman Wallisch) ..	1/2	8, 9
Das Verhör (Verhör mit Weissel)	1/2	10, 11
So hat es begonnen (11. Februar 1934)	1/2	15
Wir sind dabeigewesen (Schutzbündler berichten)	1/2	20, 21
Mahnmal am Loiblpaß	1/2	8
Der Versuch der kampfflosen Übergabe Wiens ..	11/12	9, 10

Um unser Recht:

Ein neuer Erfolg	1/2	25
Fragen, die uns bewegen	1/2	26
Warum dauert alles so lange?	11/12	11
Hilfe für die Inhaber von Opferausweisen ..	11/12	12
Was bringt uns die 10. Novelle des OFG? ..	11/12	12, 13
Anspruch aus dem OFG (eine grundlegende Entscheidung des Verwaltungsgerichts- hofes)	1/2	28, 29
Bonner Beamtenentschädigung — nur für deutsche Staatsbürger	1/2	29
Behandlung freiwilliger Zuwendungen	3/8	14
Wieder ein Schritt weiter	3/8	14, 15
Zwei Erfolge	3/8	11
Entschädigungsansprüche in Deutschland ..	3/8	15
Novelle des BE-Gesetzes notwendig	9/10	5

Aufsätze, Berichte, Gedichte:

12. Februar 1934	1/2	1
Februargedanken 1954	1/2	4
Vermächtnis des Februar	1/2	12, 13
Ein Dreizehnjähriger erlebt den 12. Februar ..	1/2	13, 14
Prolet, nur nicht vergessen (Gedicht)	1/2	14
Was ist aus ihnen geworden?	1/2	22, 23
Wir zitieren („Reichspost“ vom 11. Februar 1934)	1/2	23
Artikel 35 des Staatsvertrages	1/2	24, 25
Ausschreibungen von Tabaktrafiken	1/2	31
40 Jahre (Schüsse von Sarajevo)	3/8	1
28. Juni 1914 und die Folgen	3/8	2, 3
Ausblick auf die Wahlen in Wien	3/8	3, 4
Vor 10 Jahren	3/8	5
Die 100. Sitzung der Opferfürsorgekommission ..	3/8	6
Europa-Armee — für und wider	3/8	7
Aktion „Walküre“ mißglückt (Historische Reminiszenzen an den 20. Juli 1944)	3/8	7, 8, 9
10 Jahre sind vergangen	3/8	8
Die SPD erkämpft eine einheitliche Opfer- gesetzgebung für Westdeutschland ein- schließlich West-Berlin	3/8	9, 10
Einfach die Wahrheit (eine wahre Begeben- heit aus dem französischen Maquis)	3/8	11, 12
Erlebnisse und Erinnerungen	3/8	12, 13
Österreicher in alliierter Haft	3/8	13
Sozialistisches Experiment in Südindien	3/8	13
Schluß mit den Starhembergen	9/10	1
Weltpolitische Schwerpunktverlagerung	9/10	2, 3
Starhemberg und die nächste Generation	9/10	4
Der Parteitag	11/12	2, 3, 4
Weltpolitische Schwerpunktverlagerung	11/12	4, 11
Die Diktaturen als Friedenshindernis	11/12	5, 6
Gesinnungsterror in nomini Christi	11/12	5, 6, 7
Restauration	11/12	6
Vom Neofaschismus (Die Methode der Unter- wanderung)	11/12	7/8
Dolchstoßlegende 1954 (Tatsachen und Schlußfolgerungen)	11/12	9, 10

Der Leser hat das Wort:

KZler oder Frontsoldaten	1/2	27, 28
Ein Gruß unseren Hochschülern	3/8	16
	3/8	15, 16

Man schreibt uns, wir antworten:

Bezeichnend	1/2	29
Roter Antisemitismus	1/2	30
Ich bin arbeitslos	3/8	17

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

Aus dem Wiener Landesverband:

Bezirksgruppe XXI: 2 Jubilare, Alois Stock- hammer und Adolf Gux	3/8	18
Dr. Emil Maurer — 70 Jahre alt	3/8	18
Heinrich Allina	3/8	18
Berichte aus den Bezirksgruppen II, III, IV, V, IX, XI, XV a, XV b, XVI, XVIII, XIX, XX, XXI, XXII	3/8	18, 19, 20, 21
Fachgruppe Polizei	3/8	22
Franz Schuhmeiers 80. Geburtstag	11/12	13
Eine würdige Gedenkstunde (Wiener Berufsfeuerwehr)	11/12	14
Berichte aus den Bezirksgruppen II, XI, XXI ..	11/12	14

Berichte aus den Bundesländern:

Salzburg	3/8	23
Badgastein (Nachruf für Bürgermeister Wagn- leitner)	3/8	23
Salzburg	9/10	6, 7
Vorarlberg	9/10	7
Steiermark	11/12	14

Die Mitarbeiter 1954

(Die Zahlen hinter den Klammern geben die Nummern unserer Zeitung an)

Franz Bauer (1/2)	Fritz Konir (1/2)
Robert Blau (1/2, 3/8, 11/12)	Bruno Kreisky (1/2)
Karl Blei (3/8)	Leopold Londgß (1/2)
Josef Brazdovics (11/12)	Karl Mark (1/2, 3/8)
Hans Christian Broda (1/2, 11/12)	Naomi Mitchison (1/2)
Karl Czernetz (11/12)	Helene Potetz (1/2)
Francois Dem (3/8)	Hans Riemer (9/10)
Franz Fleck (1/2, 3/8, 9/10, 11/12)	Erich Rubak (9/10)
Friedrich Flußmann (3/8)	Hans Karl Sailer (1/2)
Fritz Glück (1/2)	Adolf Schärf (11/12)
Peter Griebichler (3/8)	Karl Szokoll (11/12)
Jaques Hannak (3/8)	Rudolf Trimmel (1/2, 3/8, 9/10, 11/12)
Josef Hindels (11/12)	Ferdinand Wedenig (3/8)
Edmund Holzfeind (9/10)	Mimi Zemann (1/2)
Felix Hubalek (9/10, 11/12)	

**Zentral-
sparkasse**
DER GEMEINDE WIEN
WIEN I. WIPPLINGERSTR. 8
33 ZWEIGSTELLEN

*Unter Haftung
der
Stadt Wien*

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 9/10

Oktober 1954

1 Schilling

Schluß mit den Starhembergen

Erinnern wir uns: Anfang Juli hat der Verfassungsgerichtshof die zwei Gesetze, die Starhemberg die Verfügungsgewalt über seine Güter und Schlösser entziehen sollten, als verfassungswidrig aufgehoben. Zuvor hat der Verwaltungsgerichtshof und der Oberste Gerichtshof Bedenken über die beiden Gesetze geäußert und ihre Überprüfung verlangt.

Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes hat in den demokratisch und republikanisch gesinnten Kreisen unseres Landes, insbesondere in der Arbeiterschaft, die betrübliche Feststellung ausgelöst, daß die Zweite Republik dem Hochverräter und Totengräber der Ersten Republik den gleichen Schutz gewährt wie allen übrigen anständigen Staatsbürgern. Ihm ist der Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz zustatten gekommen. Diese Gleichheit vor dem Gesetz hätte eliminiert werden können, wenn die beiden Anträge der sozialistischen Abgeordneten vom 6. Februar 1947 und vom April 1948 bei der Beratung über die Rückstellungsgesetzgebung die Bestimmung: „Wer durch besondere Taten und Maßnahmen zum Verlust der Unabhängigkeit Österreichs entscheidend beigetragen hat, hat keinen Rechtsanspruch...“ vom Parlament angenommen wären. Die ÖVP hat beide Male die Anträge niedergestimmt.

So weit kurz der juristische und politische Sachverhalt. Es kommt uns weniger darauf an, gegen die juristische Seite dieser Entscheidung zu polemisieren. Die sozialistischen Freiheitskämpfer, die am eigenen Leib verspürt haben, wohin es führt, wenn das verfassungsmäßig garantierte Recht der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz mißachtet wird, sind die letzten, die den Fall Starhemberg zum Anlaß eines Bruches der Verfassung nehmen möchten. Zu bedauern ist nur, daß es keine eindeutigen gesetzlichen Bestimmungen gibt, die den Feinden der Republik jene bürgerlichen Rechte nehmen, um die sie sich selbst gebracht haben. Aberkennung der Staatsbürgerschaft, Verlust der Güter und aller Rechte auf Lebzeiten wären die angemessenen und jedermann verständlichen Maßnahmen, wem am Schutze der Republik und der Demokratie etwas liegt. Aber man kann in Österreich nicht nur seine Güter zurückerhalten, man kann auch alle Rechte des Staatsbürgers in Anspruch nehmen, selbst dann, wenn man ein Feind der Demokratie und der Republik ist. Man kann sogar als Abgeordneter bezahlt werden, wie uns das Beispiel der Frau Nora Hiltl zeigt, das wir in einem Atemzug anführen, weil sie die Republik und die Verfassung mißachtet, indem sie für die Habsburger politische Propaganda treibt. Starhemberg und seine Geistesverwandten in den Kreisen der ÖVP betrachten sich nicht als erledigt, sie halten ihre Zeit nur nicht für gekommen.

Wenn wir uns dazu bekennen, daß an den Grundsätzen der Verfassung nicht gerüttelt werden darf, so darf uns das nicht dazu verleiten, den Gedanken aufzugeben, diese Entscheidung als unabänderlich hinzunehmen. Die Konsequenz, die sich daraus ergibt, besteht darin, unablässig auf die Eroberung der Mehrheit im Staate hinzuarbeiten, damit eine sozialistische Mehrheit im Parlament Gesetze schaffen kann, mit denen eine Revision dieser Entscheidung herbeigeführt werden kann. Die Eroberung der Mehrheit darf nur auf demokratischem Wege angestrebt werden, denn nur dann ist die Entscheidung gegen Starhemberg eine Entscheidung der Mehrheit des Volkes.

Wir bleiben wachsam und kampfbereit!